



Antrag

des Gemeinderates an den Einwohnerrat

Pratteln, 19.04.2022/ ms

3266 Beantwortung Elterntaxi Erlimatt wie weiter

1. Text des Postulats

Erst im November hat der Gemeinderat ein Postulat zu diesem Thema beantwortet. Doch trotz aller guten Bemühungen durch die Verantwortlichen der Gemeinde und der Schulleitung hat sich gezeigt, dass die Situation speziell beim Erlimattschulhaus unbefriedigender denn je ist! Der gut gemeinte Aufruf durch die Schulleitung mittels eines, meiner Meinung nach, schockierenden Films hat es durch 20min.ch sogar zur nationalen Bekanntheit geschafft. Nach Rücksprache mit meiner Tochter, welche Schülerin im Erli 2 ist, habe ich erfahren, dass diese Situation zurzeit eher der Regelfall als die Ausnahme ist.

Ich bitte nun denn Gemeinderat noch einmal zu prüfen, welche griffigeren Massnahmen möglich sind zum Wohle aller Schülerinnen und Schüler, sowie der Anwohner des betroffenen Quartiers. Denn es ist klar, so kann und darf es vor keinem der Schulhäuser und Kindergärten in Pratteln zu und her gehen.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat prüft:

- Umsetzbare Massnahmen um die Schulkinder und Anwohner*innen von der Gefahr, welche von Elterntaxis ausgeht, zu schützen.
- Das Anbringen von Fahrradsteifen um den Schüler*innen welche mit dem Fahrrad unterwegs sind, den nötigen Platz zu geben.
- Die Einrichtung eines temporären Halteverbotes in der Nähe von betroffenen Schulhäusern und Kindergärten.
- Die Einrichtung eines temporären Fahrverbotes.
- Die umfassendere Publikation (in allen nötigen Sprachen) zur Problematik der Elterntaxis.
- Als letzte Möglichkeit eine verstärkte Polizeipräsenz, vielleicht auch in Zusammenarbeit mit dem Kanton.

Für die Fraktion der Unabhängigen und Grünen

Gerold Stadler

2. Einleitende Bemerkungen

Bereits im 2018 wurde unter anderem auf Grund der Thematik Elterntaxi mit dem VCS eine umfassende Prüfung der Schulwegsicherheit beim Erlimatt Schulhaus vorgenommen. Aufgezeigte Mängel wurden behoben und eine umfangreiche Informationskampagne der SchülerInnen und der Eltern durchgeführt. So wurden die SchülerInnen und Eltern auch darüber befragt, wer mit dem Personenwagen zur Schule gebracht würde. Es erstaunt wenig, dass auf Grund

der Rückmeldungen nur 3% der SchülerInnen zur Schule gefahren würden. Auswertungen zeigen da ein ganz anderes Bild, rund 20% der SchülerInnen werden von Elterntaxis zur Schule gefahren. In Zusammenarbeit mit dem VCS, der BFU (Beratungsstelle für Unfallverhütung), der Kantonspolizei, der Gemeindepolizei und der Schulleitung wurde eine Broschüre ausgearbeitet und vor allem das Vorgehen bei Schulanfang definiert. Die besten Erfahrungen machten wir bis anhin mit dem direkten Ansprechen der ElterntaxifahrerInnen und der Aufforderung durch die Kantonspolizei, Gemeindepolizei und die Schulleitung, die Kinder nicht zur Schule zu fahren. Es ist aber nur eine Aufforderung, es gibt rechtlich keine Möglichkeit den Elterntaxidienst zu verbieten oder gar eine Busse auszustellen. Hierfür müssten temporäre, zeitlich begrenzte Verkehrsmassnahmen signalisiert werden. Rückmeldungen aus Gemeinden und Städten die solche Massnahmen eingeführt haben sind eher ernüchternd. Der Teamleiter der Gemeindepolizei konnte in diesem Jahr, nach einem 2-jährigen Unterbruch, wieder an einem schweizweiten Austausch zum Thema Elterntaxis teilnehmen. Aber auch an dieser von Fachleuten begleiteten Veranstaltung konnten keine Patentlösungen aufgezeigt werden. Dies soll die Gemeinde Pratteln aber nicht daran hindern, vernünftige und umsetzbare Lösungen anzustreben. Aus diesem Grund wurde einem für die Schulsicherheit spezialisierten Verkehrsplanerbüro der Auftrag erteilt, die Schulwege auf ihre Sicherheit und im speziellen die Thematik Elterntaxis zu prüfen, sowie Möglichkeiten zur Behebung der Missstände aufzuzeigen. Die Prüfung der Schulwege wird für sämtliche Schulhäuser und Kindergarten vorgenommen.

3. Beantwortung der Fragen

Die Abteilung Dienste und Sicherheit hat im Auftrag des Gemeinderats die Ausarbeitung möglicher Massnahmen wie im Antrag gefordert, einem spezialisierten Verkehrsplanerbüro erteilt. Umsetzbare Massnahmen sollen bis Ende 2022 vorliegen und wenn immer möglich umgesetzt sein.

4. Beschluss

Das Postulat Nr. 3266 wird als erfüllt abgeschrieben.

Gemeindepräsident



Stephan Burgunder

Gemeindeverwalter



Beat Thommen